



# **Devolution in Schottland: Praktische Schwierigkeiten und Legitimationsprobleme der im Jahr 1998 geschaffenen schottischen Institutionen.**

**Urheber: Fabian Pescher**

- 1. Einleitung**
- 2. Die schottischen Institution: Kompetenzen und Struktur**
- 3. Praktische Schwierigkeiten und Legitimationsprobleme**
  - 3.1. Finanzierung
    - 3.1.1 Die Barnett-Formel
    - 3.1.2 Die Steuererhebungskompetenz
  - 3.2. Das Verhältnis Schottlands zu Westminster und der EU
    - 3.2.1 Das Verhältnis Schottlands zu Westminster
    - 3.2.2 Das Verhältnis Schottlands zur Europäischen Union
  - 3.3. Repräsentation Schottlands in Westminster
    - 3.3.1 Das Ministerium für Schottland
    - 3.3.2 Die „West Loathian question“
- 4. Resümee**
- 5. Literaturverzeichnis**

## **1. Einleitung**

Das herausragendste Merkmal des so oft als Paradebeispiel einer parlamentarischen Demokratie bezeichneten Westminster-Modells ist ohne Zweifel die Parlamentssouveränität. Seit seiner Gründung wird das Vereinigte Königreich zentral aus Westminster regiert, wobei zunehmend versucht wurde, alle Bevölkerungsgruppen und Landesteile adäquat zu repräsentieren, sei es durch die Etablierung spezieller Ministerien für Schottland und Wales oder durch den höheren Repräsentationsgrad der schottischen Bevölkerung im Londoner Parlament.<sup>1</sup>

Dennoch verhallten die Rufe in der Peripherie nach mehr Eigenständigkeit, insbesondere in Form von eigenständigen Parlamenten mit den dazugehörigen Kompetenzen, vor allem in Schottland nie. Schottland hat sich seit der freiwillig eingegangenen Union mit England im Jahre 1707 eine starke eigene Identität bewahrt.<sup>2</sup> Eine eigene Staatskirche sowie ein eigenes Rechtssystem basierend auf dem römischen Recht sind hier nur ein paar Beispiele dafür. Des weiteren gibt es in Schottland seit 1885 mit dem „Scottish Office“ eine Institution, die die Interessen Schottlands innerhalb der britischen Regierung wahrnehmen soll. Verdeutlicht wird der Ruf nach mehr Selbstverwaltung durch die anhaltend hohen Wahlerfolge der „Scottish National Party“ seit den 1960er Jahren.<sup>3</sup>

Noch 1979 scheiterte unter der von Callaghan geführten Labourregierung ein Referendum über die Frage ob Schottland ein eigenes Parlament erhalten soll.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Vgl. Jones, Bill, u.A. (2001): „Politics UK“, Harlow, Longman, S.271

<sup>2</sup> Vgl. Rohde, Katrin (2003): „Die britischen Verfassungsreformen unter Tony Blair 1997-2001“, Berlin, Uni-Edition, S.30

Vgl. Jones (2001), S.271

<sup>3</sup> Der Stimmanteil der SNP an schottischen Stimmen bei Unterhauswahlen wuchs von 12% im Jahre 1983 auf 22% im Jahre 1992. Vgl. Jones (2001), S.271

<sup>4</sup> Zwar stimmten 51,6% der teilnehmenden Wähler mit „Ja“, bei einer Wahlbeteiligung von 62,9% entsprach dies

jedoch einer Zustimmung von nur 33% aller Wahlberechtigten. Damit blieb das Ergebnis hinter der vom

Doch das bedeutete keineswegs ein Ende der Diskussion. Insbesondere während der langen Regierungszeit durch die Konservativen wuchs der Unmut in Schottland und Wales, da die Tories mit minimalen Stimmanteilen in Schottland und Wales regierten.<sup>5</sup>

Tony Blair griff das Thema schon im Wahlkampf zur Parlamentswahl 1997 auf. Ein erneutes Referendum ging klar positiv aus.<sup>6</sup> Nach seiner Wahl hielt Blair seine Versprechen, indem er 1997 das Weißbuch „Scotland's Parliament“ anfertigen ließ und schließlich die Dezentralisierung mit dem „Scotland Act“, welcher schon 1998 von der Queen unterzeichnet werden konnte, besiegelte.<sup>7</sup> Dieser Schritt wird von nicht wenigen als historisch betrachtet.<sup>8</sup>

Ebenso historisch sind aber die Probleme, die sich aus der Dezentralisierung ergeben. Was passiert mit der besonderen Repräsentation Schottlands im Londoner Parlament? Die Finanzierung ist eine weitere strittige Frage. Welche Steuererhebungskompetenzen braucht eine schottische Regierung? Wie sollen sich die neu entstandenen politischen Entitäten mit der Zentralregierung abstimmen und welches Verhältnis soll Schottland zur Europäischen Union haben?

Diese strittigen Fragen sowie praktische und Legitimitätsprobleme des schottischen Parlaments sollen durch diese Hausarbeit dargestellt, sowie mögliche Lösungsansätze erörtert werden. Die Kernfrage ist, ob der Dezentralisierungsprozess weiterer Reformen bedarf.

## 2. Struktur und Kompetenzen

Die Struktur und die Kompetenzen der in Schottland geschaffenen Institutionen sind durch das 1997 veröffentlichte Weißbuch „Scotland's Parliament“ erstmals festgelegt und traten durch den 1998 verabschiedeten „Scotland Act“ nahezu unverändert in Kraft. „The Scotland Bill gives effect to the White Paper's proposals, with no substantial changes.“<sup>9</sup> Dabei folgte man in weiten Teilen den von der 1989 gegründeten „Constitutional Convention“ formulierten Vorschlägen, welche in dem Bericht „Scotland's Parliament, Scotland's Right“ 1995 veröffentlicht wurden.<sup>10</sup>

Das neu geschaffene schottische Parlament hat 129 Mitglieder. Diese werden nach einem dem deutschen personalisierten Verhältniswahlrecht sehr ähnlichen System auf eine feste Legislaturperiode von 4 Jahren gewählt. Tony Blair setzte dies, auch gegen Widerstand aus der eigenen Partei durch. „Despite opposition from within the Labour Party, elections in Scotland and Wales have used the additional member system – constituency members are topped up from regional lists to give greater proportionality, [...]“<sup>11</sup>

---

„Cunningham Amendment“ geforderten Hürde von 40%.

Zahlen aus: Mitchell/ Denver, u. A. (1998): „The 1997 Devolution Referendum in Scotland“, in Parliamentary Affairs, Vol.51 No.2, S.167

<sup>5</sup> Vgl. Rohde(2003), S.31f; Jones(2001), S. 271

<sup>6</sup> Vgl. Rohde(2003), S.36: Rund ¾ der Wähler stimmten für ein schottisches Parlament; die Frage nach einer Steuererhebungskompetenz für das neue schottische Parlament beantworteten immerhin 2/3 der Wähler mit „Ja“;

die Wahlbeteiligung lag bei 60,2%.

<sup>7</sup> Vgl. Rohde(2003), S.36

<sup>8</sup> Vgl. Jones(2001), S.274: „It [das neue schottische Parlament] signalled the end of the Union as we knew it and an inception of a new kind of politics“

<sup>9</sup> Gay, Oonagh (1998): „Research Paper 98/1“, London, House of Commons Library

<sup>10</sup>Vgl. Ridell, Peter (2000): „Parliament under Blair“, Westminster, S.10: In der „Scottish Constitutional Convention“ waren die schottischen Flügel von Labour und den Liberalen, sowie Vertreter der Kirchen und der Wirtschaft vertreten. Die Konservativen sowie die nationalistische SNP verweigerten sich der Versammlung.

<sup>11</sup> Driver, Stephen (2002): „Blair's Britain“, Cambridge, Polity Press, S.171

Der „First Minister“ wird in der Regel von der Mehrheitspartei gestellt und vom Parlament gewählt, wobei das Wahlsystem Koalitionen nötig machen kann. Dieser ernennt seine Minister für bestimmte Bereiche.<sup>12</sup>

Anstatt die Kompetenzen, welche an das schottische Parlament abgegeben wurden, im „Scotland Act“ explizit aufzulisten, sind hier die Kompetenzen formuliert, die weiterhin im Londoner Parlament wahrgenommen werden. Das sind die Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik sowie die Außenpolitik und die Kontrolle über Verfassungsfragen. Das schottische Parlament hat somit vor allem in der Verkehrs-, Gesundheits-, Umwelt- und vor allem Bildungspolitik, sowie in den Bereichen Landwirtschaft und Sport weitreichende Kompetenzen. Des Weiteren wurde das schottische Parlament mit einer minimalen Steuererhebungskompetenz ausgestattet.<sup>13</sup>

### 3. Praktische Schwierigkeiten und Legitimationsprobleme

#### 3.1 Finanzierung

##### 3.1.1 Die Barnett-Formel

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhält die schottische Exekutive jährlich einen bestimmten Betrag aus London. Dieser errechnet sich anhand der sogenannten Barnett-Formel aus den Einnahmen, die der Regierung in Whitehall zur Verfügung stehen, und ist somit von der wirtschaftlichen Entwicklung in ganz Großbritannien abhängig. Die Summe entspricht ungefähr der Summe, die das „Scottish Office“ bis 1998 zur Verfügung hatte.<sup>14</sup>

Die Barnett-Formel wurde 1978 von ihrem Namensgeber Joel Barnett, damals Finanzminister, entwickelt, allerdings blieben der Öffentlichkeit bis 1990 die genauen Funktionsmechanismen der Formel verborgen.<sup>15</sup> Durch die Formel wurde ursprünglich versucht die Ausgaben den unterschiedlichen Lebensverhältnissen in England, Schottland und Wales und später auch Nordirland anzupassen. Vor allem Schottland bekommt demnach eine weit höhere Summe pro Einwohner zugesprochen als England. Außerdem schützte die, in den 80er und 90er Jahren in der britischen Politik weitgehend akzeptierte, Verteilungsmethode Schottland vor finanziellen Einschnitten. „The Barnett formula succeeded, to some extent, in protecting Scotland from expenditure cuts in the 1980s and 1990s,[...]“, und weiter „Had the formula not been in existence, the Conservative governments of the 1980s, whose electoral basis of support lay in southern England, might otherwise have shifted expenditure from Scotland and Wales to England“<sup>16</sup>

Da sich jedoch die Lebensverhältnisse in Schottland verbessert haben und gleichzeitig die Bevölkerung Schottlands zurückgegangen ist, während sich in England selbst die Lebensverhältnisse sehr unterschiedlich entwickelt haben<sup>17</sup>, mehren sich die Stimmen, die Barnett-Formel im Zuge der Dezentralisierung zu verändern bzw. ganz abzuschaffen.

Der englische Autor Peter Riddell meint hierzu: „Gordon Brown, a Scottish MP as well as Chancellor, preferred to keep the matter quiet, but it is only a matter of time before open tensions emerge. Most of the candidates for London mayor in the election of May 2000 complained that the Barnett formula discriminated against London, which has pockets of some of the worst poverty in the country.“<sup>18</sup>

<sup>12</sup> Vgl. House of Commons (1998): „Scotland Act“, London, Queen’s Printer of Acts of Parliament

<sup>13</sup> Vgl. Driver (2002), S.171

<sup>14</sup> Vgl. Rohde (2003), S.37: 1998 lag die Summe bei 14 Milliarden britischen Pfund

<sup>15</sup> Vgl. Bogdanor, Vernon (2001): „Devolution in the United Kingdom“, Oxford, S.243: “The formula has been in operation since 1980, but the principles behind it were not set out in public until December 1997 in a written answer by Alistair Darling, Chief secretary to the treasury”

<sup>16</sup> Bogdanor (2001), S.245

<sup>17</sup> Vgl. Riddell (2000), S.102f: Insbesondere im Nordosten Englands und in London haben sich arme Gebiete entwickelt

<sup>18</sup> Riddell (2000), S. 103

Der angesehene Politikwissenschaftler Vernon Bogdanor ist der Meinung, dass man Schottland auf keinen Fall aus dem nationalen Verteilungsprozess ausschließen dürfe, nur weil es für die Dezentralisierung gestimmt hat.<sup>19</sup> Dennoch halte ich die Kritik für durchaus berechtigt, vor allem vor dem Hintergrund von Entscheidungen, wie der Abschaffung der Studiengebühren für schottische Bürger an schottischen Universitäten, während in allen anderen Landesteilen weiterhin Gebühren bezahlt werden müssen. Es ist deshalb unverständlich, warum Schottland weiterhin proportional mehr Mittel erhalten sollte.

Vorstellbare Lösungen für dieses Problems wäre zum einen eine Ausweitung der Barnett-Formel auf die Regionen Englands. Eine weitere Möglichkeit wäre, dass bestimmte Vergünstigungen für die schottische Bevölkerung aus den Mitteln finanziert werden müssen, die das schottische Parlament durch die ihm gegebene Steuererhebungskompetenz einnimmt.

### 3.1.2 Die Steuererhebungskompetenz des schottischen Parlaments

Wie schon erwähnt wurde dem schottische Parlament, im Gegensatz zu jenem in Wales, das Recht zugesprochen Steuern zu erheben. Es kann die Einkommensteuer in Schottland zu eigenen Gunsten bzw. Ungunsten um 3% erhöhen bzw. senken.<sup>20</sup> Damit folgte man im „Scotland Act“ den Vorschlägen der „Scottish Constitutional Convention“. Die Forderungen der „Constitutional Convention“ fielen damals nicht radikaler aus, „because it feared giving the opponents of devolution and of Labour an opportunity to gain a propaganda victory on a new „tartan-tax“.“<sup>21</sup> Bisher wurde diese Möglichkeit der Steuererhebung jedoch noch nicht wahrgenommen.

Die Steuererhebungskompetenz ist in Relation zum Gesamtbudget minimal.<sup>22</sup> Eine Erhöhung der Einkommenssteuer um 3% würde zusätzliche Einnahmen von 450 Millionen Pfund bedeuten. Im Vergleich zu einem Gesamtbudget von 14 Milliarden Pfund und jährlichen Ausgaben für das schottische Gesundheitswesen von 5 Milliarden Pfund stellt dies jedoch, wie Stephen Driver treffend sagt, „a drop in the fiscal ocean“ dar. Selbst in einem in hohem Maße zentralisierten Land wie Australien erheben die Staaten 20% ihres Budgets durch Steuern in ihrem Kompetenzbereich.<sup>23</sup>

Die schottischen Institutionen sind also weitgehend von den Zuwendungen aus London abhängig. Dies führt jedoch zu einigen Problemen. Die fehlende Kontrolle über die eigenen Mittel schwächt die politische Unabhängigkeit Schottlands hochgradig. „Financial Independence has usually been crucial to political independence.“<sup>24</sup> Diese Abhängigkeit birgt darüber hinaus die Gefahr, dass schottische Politiker die Erfolge für sich verbuchen, während sie die Regierung in London wegen der fehlenden Mittel für Missstände anprangern.<sup>25</sup> Stephen Driver sieht hier sogar ein Legitimitätsproblem: „If voters in Scotland [...] aren't getting what they voted for, then who is to blame: the pipers or the paymasters?“<sup>26</sup> Einige befürchten sogar, dass diese Situation nationalistischen Gruppen Auftrieb verleihen könnte. In Schottland stellt die SNP schon jetzt die etablierte Opposition zu Labour dar, und Umfragen haben gezeigt, dass die meisten Schotten, insbesondere in Bezug auf die Steuererhebungskompetenz, mehr Macht wollen, nicht weniger.<sup>27</sup> Mittelfristig sind Spannungen über die Frage der Finanzen zwischen dem neu geschaffenen Machtzentrum in Edinburgh und London nicht nur möglich, sondern sogar wahrscheinlich. Diese Spannungen könnten sich verstärken, wenn in Edinburgh und London verschiedene

<sup>19</sup> Vgl. Bogdanor (2001), S.245f

<sup>20</sup> Vgl. Lynch, Peter (2001): „Scottish Government and Politics – An Introduction“, Edinburgh, Edinburgh University Press, S.23

<sup>21</sup> Bogdanor (2001), S. 239; Vgl. Lynch (2001), S.13

<sup>22</sup> Vgl. Bogdanor (2001), S.239

<sup>23</sup> Vgl. Driver (2002), S. 177; Bogdanor (2001), S. 239

<sup>24</sup> Riddell (2000), S.102

<sup>25</sup> Vgl. Bogdanor (2001), S.239f

<sup>26</sup> Driver (2002), S. 178

<sup>27</sup> Vgl. Driver (2002), S.178

Parteien an der Macht sind.<sup>28</sup> „But even where the same party is in charge, differences of interest can be politically explosive.“<sup>29</sup>

Trotz all dieser Probleme stimme ich Robert Hazell zu, dass, wie er sagt: „Significant decentralisation of both the provision and the supply of public services can be achieved without there necessarily being any increase in the proportion of finance raised locally.“<sup>30</sup> Die Hauptaufgabe wird sein der schottischen Regierung in Zukunft mehr Freiheit bei der Verwendung dieser Mittel zu geben: „Whitehall must resist its natural inclination to meddle in how the central governments grants are spent.“<sup>31</sup> Spannung zwischen den Regierungen in Edinburgh und London werden in meinen Augen in Zukunft nicht zu verhindern sein. Die Frage ist vielmehr durch welche Instrumentarien diese Spannungen aufgefangen und gelöst werden können.

### 3.2 Das Verhältnis der schottischen Institutionen zu Westminster und der EU

#### 3.2.1 Das Verhältnis Schottlands zu Westminster

Mit der Etablierung des schottischen Parlaments 1998 haben sich die Verhältnisse zwischen Edinburgh und der Zentralregierung in London grundlegend verändert. Während das Scottish Office eine untergeordnete Instanz darstellte, die aus Westminster delegierte Aufgaben ausführte, haben wir es jetzt de facto mit einer Beziehung zwischen zwei völlig getrennten politischen Entitäten zu tun. „Prior to devolution, Scottish-UK relations were mediated by the Secretary of State for Scotland and the Scottish Office through cabinet and civil service linkages they were intragovernmental relations. Devolution created a new environment, [...], they were now intergovernmental relations.“<sup>32</sup> Zunächst bestand das Scottish Office weiter, es sollte „eine Schnittstelle zwischen den schottischen Amtsträgern und der britischen Regierung wahrnehmen“.<sup>33</sup>

Es wurde früh erkannt, dass dies nicht ausreichend ist. Im Jahr 1999 wurde eine Liste von Vereinbarungen veröffentlicht, welche sicherstellen sollten, dass die Aufgaben zwischen den politischen Körpern klar abgesteckt sind. Die insgesamt 23 sogenannten „concordats“ reichen von Themen wie Verteidigung bis hin zur nationalen Lotterie. Die Vereinbarungen über die Europapolitik, Fischerei und Landwirtschaft werden hierbei als besonders wichtig angesehen. In die Kritik sind die „Concordats“ geraten, weil sie schon lange vor ihrer Veröffentlichung im geheimen ausgehandelt wurden. Des weiteren sind sie als Absprachen zwischen den beiden Exekutiven und nicht den Parlamenten zu sehen.<sup>34</sup>

Zusätzlich schuf Gordon Brown<sup>35</sup> 1999 mit einem Netzwerk aus Komiteen, den sogenannten „Joint Ministerial Committees“, eine weitere Instanz zur Klärung strittiger Fragen zwischen den schottischen und britischen Institutionen. Den „JMCs“ wurden vier spezifische Aufgaben zugewiesen. Erstens, jene Entscheidungen zu betrachten, welche zwar in den Kompetenzbereich der dezentralisierten Institutionen fallen, jedoch Auswirkungen auf immer noch zentralisierte Verantwortlichkeiten haben, und umgekehrt. Zweitens, zu untersuchen, ob es sinnvoll ist, Entscheidungen der dezentralisierten Institutionen in anderen Teilen Großbritanniens entsprechend umzusetzen. Drittens, Vereinbarungen zwischen den

<sup>28</sup> Vgl. Riddell (2000), S.103

<sup>29</sup> Riddell (2000), S.103

<sup>30</sup> Hazell, Robert (1999): „Constitutional Futures – A history of the next ten years“, Oxford, Oxford University Press, S.9

<sup>31</sup> Driver (2002), S. 178

<sup>32</sup> Lynch (2001), S.148

<sup>33</sup> Rohde (2002), S.37

<sup>34</sup> Vgl. Lynch (2001), s.150f: Dass es „concordats“ geben würde fand schon im Weißbuch „Scotland’s Parliament“, 1997 Erwähnung. Kurz nach in Kraft treten des „Scotland Act’s“, 1998, wurden die ersten 5 Vereinbarungen ausgehandelt, sie blieben jedoch bis zur Veröffentlichung aller Vereinbarungen im Herbst 1999 geheim. Weder das schottische Parlament noch Westminster hatten Einfluss auf die Verträge, sie wurden ausnahmslos zwischen den Exekutiven verhandelt.

<sup>35</sup> Seit 1997 Schatzkanzler

jeweiligen Regierungen zu überwachen. Und viertens, Dispute zwischen den Regierungen zu klären.<sup>36</sup>

Es bleibt abzuwarten, wie sich die geschaffenen Instrumentarien bewähren, insbesondere wenn in den unterschiedlichen Machtzentren verschiedene Parteien regieren. Ob sie wirklich ausreichen, wird man, meiner Meinung nach, erst dann sehen können. Die „JMCs“ finden unter dem Vorsitz von Ministern aus Whitehall statt. Diese sind aber sowohl für Großbritannien als Ganzes, als auch für England, welches kein dezentrales Parlament besitzt, zuständig. Kritiker erwarten deshalb, dass vor allem die „JMCs“ missbraucht werden könnten, und entgegen ihrer Bestimmung eher zur Kontrolle durch Westminster als zur Koordination zwischen unabhängigen politischen Entitäten dienen. „They can be seen in a more negative light as devices to ensure policy uniformity between the different parts of the UK and an attempt by central government to use mechanism to control the autonomy of the devolved governments.“<sup>37</sup> Stephen Driver sieht schon jetzt Verbesserungsbedarf: „If experience from federal states is anything to go by, inter-governmental mechanism will be necessary post-devolution to avoid pointless duplication and ensure equity and common standards in public policy nationwide.“<sup>38</sup>

### 3.2.2 Das Verhältnis Schottlands zur Europäischen Union

Nicht nur die Beziehungen Schottlands zu der Zentralregierung, sondern auch, oder gerade jene zur Europäischen Union haben sich mit dem „Scotland Act“ fundamental geändert. Vor Beginn des Dezentralisierungsprozesses wurden schottische Interessen in Europaangelegenheiten vor allem über Parteikanäle sowie das „Scottish Office“ und den Minister für Schottland vertreten. Hierbei handelte es sich ausschließlich um innerstaatliche Einflussmöglichkeiten und sowohl das „Scottish Office“ als auch das Ministerium für Schottland gehörten der Regierung in Whitehall an.<sup>39</sup> Hinzu kommt, dass das Ministerium für Schottland in den meisten Kabinettsitzungen gar nicht teilnahm.<sup>40</sup> Der Einfluss war also sehr begrenzt und vollkommen abhängig von der Zentralregierung. Zwar wurde 1991 „Scotland Europe“ als Organisation zur Wahrung schottischer Interessen gegründet und es waren einige schottische Amtsträger in Diskussionen mit der Europäischen Kommission involviert, „but these were fairly minor political actors.“<sup>41</sup> Mit der Etablierung schottischer Institutionen haben sich für Schottland neue Möglichkeiten ergeben auf die Europapolitik Einfluss zu nehmen. Diese außerstaatlichen Kanäle führen an Whitehall vorbei, dennoch bleiben die innerstaatlichen Kanäle offen und haben sogar an Bedeutung gewonnen.

Die Rolle der schottischen Exekutive in der britischen Europapolitik wurde durch ein spezielles „concordat“ (siehe oben) festgelegt. Der schottischen Regierung wird hier garantiert bei allen Entscheidungen in der Europapolitik mitzuwirken.<sup>42</sup> Das bedeutet jedoch nur, dass sie an den entsprechenden Kabinettsitzungen teilnimmt, „the final line will represent UK policy as a whole“.<sup>43</sup> In manchen Fällen kann auch ein schottischer Minister als Vertreter für ganz Großbritannien zum europäischen Ministerrat geschickt werden.<sup>44</sup> Hier muss dieser aber die vorher festgelegte Linie vertreten,<sup>45</sup> weshalb dieses Verfahren zu großen Schwierigkeiten führen kann. Auf der einen Seite fallen in den Kompetenzbereich

<sup>36</sup> Vgl. Lynch (2001), S.151ff

<sup>37</sup> Lynch (2001), S.154

<sup>38</sup> Driver (2002), S.179

<sup>39</sup> Vgl. Bogdanor (2001), S. 279; Lynch (2001), S.156

<sup>40</sup> Vgl. Bogdanor (2001), S.282: 1992: Teilnahme an 8 von 125 Sitzungen; 1993: 8 von 125; 1994: 6 von 125; 1995: 7 von 83; 1996: 15 von 84.

<sup>41</sup> Lynch (2001), S.156

<sup>42</sup> Vgl. Lynch (2001), S.158

<sup>43</sup> Lynch (2001), S.158

<sup>44</sup> Möglich wurde dies durch den Artikel 146 im Vertrag von Maastricht. Hier heißt es wörtlich: „The Council [of Minister] shall consist of a representative of each member state at ministerial level, *authorized to commit the government of that member state.*“ Vgl. Grabitz, Eberhard (Hrsg.) (1992): „Vertrag über die Europäische Union (Maastricht-Vertrag)“, München, Dt. Taschenbuch-Verlag

<sup>45</sup> Vgl. Bogdanor (2001), S.279

der schottischen Regierung unter anderem Bereiche wie Landwirtschaft und Fischerei, jene Gebiete also, die gleichzeitig Hauptbetätigungsfelder der EU sind. Auf der anderen Seite sind Europaangelegenheiten laut dem „Scotland Act“ eine ausdrücklich für Westminster reservierte Kompetenz.<sup>46</sup> Es ist also gut vorstellbar, dass ein schottischer Fischereiminister in Brüssel eine bestimmte Politik vertreten muss, obwohl er in Schottland eine ganz andere Linie vertritt. In einem anderen Fall könnte der britische Fischereiminister in Brüssel Entscheidungen treffen, die Schottland genauso betreffen wie England und Wales. Obwohl die Fischerei in den Kompetenzbereich der schottischen Institutionen fällt würde also die britische Regierung darüber entscheiden ohne dem schottischen Parlament oder dessen Regierung auch nur im Geringsten Rechenschaft schuldig zu sein.<sup>47</sup> “[...] the british government will continue to be the point of negotiation with the European Union , even over those policy areas which have been devolved.”<sup>48</sup> In conclusio hat die Zentralregierung über den Umweg nach Brüssel die Möglichkeit schottische Entscheidungen auszuhebeln. Dieser Umstand, „[...] could cause disillusionment in Scotland [...] when it comes to be appreciated that there is a countervailing force to devolution in the Form of the European Union.”<sup>49</sup>

Die Garantie an Entscheidungen die Europapolitik betreffend mitzuwirken und die eventuelle Entsendung von Ministern subnationaler Regierungen in den europäischen Ministerrat stellen einen, wenn auch problematischen, Ausbau der innerstaatlichen Einflussmöglichkeiten für Schottland dar. Außerstaatliche Einflussnahme findet, neben der Mitwirkung im Ausschuss der Regionen<sup>50</sup>, vor allem durch das 1999 geschaffene „Scotland House“ statt. Zum einen wird hier die Lobbyarbeit, die vor der Dezentralisierung von „Scotland Europe“ betrieben wurde verstärkt fortgesetzt. Zum anderen dient das „Scotland House“ als ständige Vertretung der schottischen Exekutive in Brüssel. Dadurch sollen sowohl direkte Kontakte zu allen Institutionen der Europäischen Union geknüpft werden, als auch die Zusammenarbeit mit den Repräsentanten Großbritanniens verstärkt werden.<sup>51</sup> „Thus, the office combines an extra-state strategy of direct representation with intra-state efforts through UK-Rep.“<sup>52</sup> Peter Lynch sieht hier mögliche Schwierigkeiten: “When these two roles coincide on agreeing an EU policy, the system will prove effective, but ehen they conflict and a Scottish interes is pursued through lobbying separate from UKRep, then problems will arise.”<sup>53</sup> Auch Vernon Bogdanor sieht diese Gefahr, vor allem wenn eine Labour geführte schottische Regierung einer konservativen britischen gegenübersteht, oder noch schlimmer, die nationalistische SNP in Schottland an die Regierung kommt. „It is not easy to envisage an SNP executive in Edinburgh , for example, working happily as part of a national delegation with a Labour or Conservative government in London; nor to envisage a Labour administration in Edinburgh working successfully with a Conservative government in London.“<sup>54</sup>

Die Beziehungen Schottlands zur EU sind also in zweierlei Hinsicht sehr problematisch. Zum einen stellen die begrenzten innerstaatlichen Mitwirkungsmöglichkeiten ein Gegengewicht zur Dezentralisierung dar. Falls die britische Regierung in Brüssel Entscheidungen trifft, die in Schottland unpopulär sind und eigentlich in den Kompetenzbereich der schottischen Institutionen fallen, könnte dies ein weiteres erstarken nationalistischer Kräfte zur Folge haben. Zum anderen besteht die Gefahr, dass eine schottische Regierung über außerstaatliche Kanäle versucht an der britischen Regierung vorbei zu operieren, was ebenfalls zu einer signifikanten Verschlechterung des politischen Klimas führen könnte.

<sup>46</sup> Vgl. Driver (2002), S.179; Lynch (2001), S. 157; Bogdanor (2001), S.279

<sup>47</sup> Vgl. Bogdanor (2001), S.279

<sup>48</sup> Driver (2002), S.179

<sup>49</sup> Bogdanor (2001), S.279

<sup>50</sup> Vgl. Grabitz (1992), Artikel 198 a-c; Bogdanor (2001), S.277; Der durch den Maastricht-Vertrag(1991) geschaffene Ausschuss der Regionen hat eine rein beratende Funktion, institutionalisierte jedoch erstmals die Belange der Regionen Europas im Entscheidungsfindungsprozess der EU.

<sup>51</sup> Vgl. Lynch (2002), S. 160

<sup>52</sup> Lynch (2002), S.160

<sup>53</sup> Lynch (2002), S.161

<sup>54</sup> Bogdanor (2001), S.282

### 3.3 Die Repräsentation Schottlands in Westminster

#### 3.3.1 Das Ministerium für Schottland

Wie oben dargestellt veränderte sich das Verhältnis Schottlands zu Westminster durch den Dezentralisierungsprozess grundlegend. Dadurch wurde die Frage aufgeworfen, was mit den Stellen passieren soll, die bis dahin Schottland innerhalb der britischen Regierung repräsentiert haben. Vor allem die Daseinsberechtigung des Ministeriums für Schottland wird seitdem heftig diskutiert. Das Ministerium für Schottland wurde 1885 ins Leben gerufen, um die schottischen Interessen in Whitehall wahrzunehmen. Im Laufe der Zeit wuchs das Ministerium signifikant. Im Jahre 1998 kontrollierte der damalige Minister für Schottland, Donald Dewar<sup>55</sup>, einen Beamtenapparat mit 13 724 Angestellten und acht Staatssekretären.<sup>56</sup> Bis zum Inkrafttreten des „Scotland Act“, kümmerte sich das Ministerium vor allem um jene Bereiche, die jetzt in den Kompetenzbereich des schottischen Parlaments fallen. Hier sind vor allem die Bildungspolitik, das schottische Rechtswesen und die regionale Verwaltung in Schottland zu nennen.<sup>57</sup> Dennoch wurde das Ministerium 1998 nicht abgeschafft. Vielmehr wurden diesem neue Betätigungsfelder zugewiesen. Es sollte nach der Dezentralisierung sicherstellen, dass schottische Gesetze nicht in Konflikt mit für Westminster reservierte Kompetenzen geraten. Ferner sollte es die britische Regierung in Schottland repräsentieren und weiterhin einen direkten Zugang Schottlands in die britische Regierung darstellen, der dem „First Minister“ so nicht möglich ist.<sup>58</sup>

Gerade letzteres birgt aber die Gefahr von Konflikten. „The existence of a First Minister and a surviving Secretary of State for Scotland has implanted a potential clash of responsibilities.”<sup>59</sup> Und, in der Tat, versuchte der neue Minister für Schottland, John Reid, eine starke Stellung des Ministeriums zu wahren. „Rather than accept the diminished position of the Scottish Secretary and the Scottish Office, Reid and his ministers sought to ensure a high-profile role.”<sup>60</sup> Im Jahre 1999 intervenierte Reid in den Schließungsprozess der Kvaerner Werft in Govan. Nach stundenlangen Verhandlungen unter seinem Vorsitz wurden 1200 Arbeitsplätze gerettet.<sup>61</sup> Dieser politische Erfolg wurde allerdings von der schottischen Regierung als Versuch gesehen, „to reassert the role of the UK government in Scotland post-devolution.“<sup>62</sup> Es folgten Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem „Scottish Secretary“ und dem „First Minister“, welcher seine Autorität untergraben sah.<sup>63</sup>

Trotz dieser Entwicklung ist das Weiterbestehen des Ministeriums für Schottland keineswegs gesichert. „Some suggest the Secretary of State for Scotland be scrapped and a new Cabinet Minister for constitutional affairs be set up with a brief to include Wales and Northern Ireland also.”<sup>64</sup> Peter Lynch hält hier aber dagegen, dass es nicht weise wäre die Ministerien für Schottland, Wales und Nordirland zugunsten eines Ministeriums für Verfassungsfragen abzuschaffen, da der Dezentralisierungsprozess in Nordirland in höchstem Maße instabil ist, die walisische Nationalversammlung im Vergleich zum schottischen Parlament nur minimale Gesetzgebungskompetenzen hat und Wales deshalb

<sup>55</sup> Erster „First Minister“ Schottlands von 1999 bis zu seinem Tod im Jahr 2000.

Vgl. hierzu Driver (2002), S. 171

<sup>56</sup> Vgl. Lynch (2002), S.129f: Der Beamtenapparat wuchs von 22 Angestellten im Jahre 1900, auf 13 724 im Jahre 1998. Nach dem Scotland Act 1998 wurde die Zahl der Angestellten auf gerade noch 100 reduziert.

<sup>57</sup> Vgl. Sturm, Roland: „Staatsordnung und politisches System“, in: Kastendiek, Hans, u. A. (Hrsg.)(1994): „Länderbericht Großbritannien“, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, S.188f

<sup>58</sup> Vgl. House of Commons (1998), S.16

<sup>59</sup> Jones (2001), S.274

<sup>60</sup> Lynch (2002), S.133

<sup>61</sup> Vgl. BBC News: „Business: The Company File Kvaerner workers applaud union officials“. 14.07.1999. Online im Internet: URL: [http://news.bbc.co.uk/1/hi/business/the\\_company\\_file/393887.stm](http://news.bbc.co.uk/1/hi/business/the_company_file/393887.stm) [Stand 15.02.2005]

<sup>62</sup> Lynch (2002), S.133

<sup>63</sup> Vgl. Lynch (2002), S.133

<sup>64</sup> Jones (2001), S.274

weiterhin auf eine adäquate Repräsentation innerhalb der britischen Regierung angewiesen ist.<sup>65</sup> Ob das „Secretary of State for Scotland“ zur Erfüllung seiner neuen, vor allem vermittelnden Aufgaben den Rang eines Ministeriums beibehalten muss halte ich jedoch für fraglich. Meiner Meinung nach würde eine untergeordnete Instanz innerhalb der britischen Regierung zur Erfüllung dieser Aufgaben ausreichen und Kompetenzstreitigkeiten könnten durch solch eine Abstufung weitgehend verhindert werden.

### 3.3.2 Die „West Lothian question“

Das von den Dezentralisierungsgegner wohl am häufigsten ins Feld geführte Argument gegen die Abgabe jeglicher legislativer Kompetenzen von Westminster an dezentrale Parlamente ist die sogenannte „West Lothian question“.<sup>66</sup> Diese wurde in den 1970er Jahren von dem damaligen Labour Abgeordneten für West Lothian und ausgesprochenen Dezentralisierungsgegner Tom Dalyell als solche benannt.<sup>67</sup> Sie beschreibt die Anomalie, die durch die Abgabe bestimmter Kompetenzen an Schottland entsteht, obwohl für England über die gleichen Fragen in Westminster, dem Parlament des gesamten Vereinigten Königreichs entschieden wird. Schottische Abgeordnete in Westminster können seit der Schaffung des schottischen Parlaments über Fragen mitentscheiden, die Schottland gar nicht betreffen.<sup>68</sup> Bestes Beispiel dafür ist die Einführung der Studiengebühren. Tony Blair führte 1997 kurz nach seiner Regierungsübernahme obligatorische Studiengebühren in Höhe von 1000 Pfund für ganz Großbritannien ein. Da die Bildungspolitik für Schottland jedoch in den Kompetenzbereich des schottischen Parlaments fällt schuf dieses die Studiengebühren nur zwei Jahre später für Schottland ab. Bei der ersten Wahl zum schottischen Parlament erhielt Labour keine klare Mehrheit und war auf eine Koalitionsbildung mit den Liberaldemokraten angewiesen. Die Abschaffung der Studiengebühren war die wichtigste Forderung der Liberaldemokraten und wurde von diesen bei den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt.<sup>69</sup> Noch klarer wurde das Problem im Januar 2004, als Tony Blair gegen heftigen Widerstand in den eigenen Reihen eine Verdreifachung der Studiengebühren auf 3000 Pfund durchsetzte. Bei der Abstimmung stimmten 70 Labourabgeordnete mit den Liberaldemokraten und den Konservativen gegen den Gesetzesentwurf. Da das Gesetz trotz der für Labour eigentlich komfortablen Mehrheit von 161 Sitzen nur mit 316 zu 311 Stimmen verabschiedet wurde, spielten die schottischen Labourabgeordneten hier eine entscheidende Rolle.<sup>70</sup>

Obwohl die „West Lothian question“ erst in den 1970er Jahren als solche benannt wurde ist die Frage so alt wie die Versuche die Verantwortung für bestimmte Politikbereiche von Westminster auszulagern. „Almost all these issues were raised a century ago in Gladstone’s<sup>71</sup> various Home Rule Bills“.<sup>72</sup> In der damaligen Diskussion zur Schaffung irischer Institutionen schlug der damalige Premierminister in seiner ersten „Government of Ireland Bill“ vor, irische Abgeordnete gänzlich von Westminster auszuschließen. Dieser Vorschlag stieß auf heftigen Widerstand, da die Iren durch ihre Steuern den britischen Imperialismus weiterhin mitfinanziert hätten, aber keinerlei Repräsentation in der Diskussion über diesen genossen hätten. Ein weiterer Vorschlag in einer Gesetzesnovelle von 1883 sah vor, dass irische Abgeordnete in Westminster bei Entscheidungen in fünf bestimmten Politikbereichen nicht mit abstimmen dürfen. Heute ist dieser Vorschlag als sogenannte „in and out“-Lösung bekannt. Auch dieser Vorschlag wurde verworfen, da angenommen wurde,

<sup>65</sup> Vgl. Lynch (2002), S.134

<sup>66</sup> Vgl. Lynch (2002), S.143

<sup>67</sup> Vgl. Bogdanor (2001), S.227

<sup>68</sup> Vgl. Riddell (2000), S.104

<sup>69</sup> Vgl. Driver (2002), S.171

<sup>70</sup> Vgl. Heimrich, Bernhard: „Blair entgeht nur knapp Abstimmungsniederlage“. FAZ.net, 27.01.2004. Online im Internet: URL:

<http://www.faz.net/s/Rub6BFE3B22C90E4788814454195D447645/Doc~E02F8239B9D4A4323BA9DE0A979EC36D4~ATpl~Ecommon~Scontent.html> [Stand 16.02.2004]

<sup>71</sup> William Ewart Gladstone: \*1832, †1898; Premierminister 1868-74, 1880-86, 1892

<sup>72</sup> Riddell (2000), S.105

dass es in der Praxis schwierig sein würde zu bestimmen wann irische Abgeordnete mitstimmen dürfen und wann nicht.<sup>73</sup> Außerdem könnten durch diesen Ansatz unsichere Mehrheiten entstehen, und zwar immer dann, wenn die Partei, welche die meisten Abgeordneten für das gesamte Vereinigte Königreich stellt nicht auch die Mehrheit der Parlamentssitze der englischen Wahlkreise innehat. Die Schaffung irischer Institutionen scheiterte schließlich am Widerstand der Unionisten. Die heutigen Lösungsansätze unterscheiden sich von denen im späten 19. Jahrhundert nur in Nuancen und sind heute so umstritten wie damals. „The proposed answers are as inadequate today as they were over a hundred years ago when Gladstone first proposed them.“<sup>74</sup>

Ein 1973 von der Kilbrandon Kommission, die sich mit Verfassungsfragen befasste, vorgetragener Lösungsansatz betrifft die Überrepräsentation Schottlands im Unterhaus. Schottland stellt seit der mit England eingegangenen Union im Jahre 1707 mehr Abgeordnete pro Einwohner im Unterhaus als England. Ursprünglich wurde dies im „Treaty of Union“ vereinbart, um die Interessen des kleineren und bevölkerungsschwächeren Schottlands im Parlament zu schützen.<sup>75</sup> Die Kilbrandon Kommission schlug eine Reduzierung der schottischen Abgeordneten in Westminster auf das Niveau Englands vor, „as an answer to the West Lothian question, after having rejected the in-and-out solution as impractical.“<sup>76</sup> Im „Scotland Act“ ist diesem Vorschlag folgend eine Reduzierung der schottischen Parlamentssitze vorgesehen. Dies soll voraussichtlich 2006 im Zuge der nächsten Überprüfung der Wahlkreise stattfinden und wird die Zahl der schottischen Abgeordneten von 72 auf 56 senken.<sup>77</sup> Zwar wird der Einfluss Schottlands in Westminster dadurch gemindert, aber „reducing Scottish representation at Westminster in no ways answers the West Lothian question.“<sup>78</sup> Die Politikwissenschaftler Peter Riddell und Vernon Bogdanor sind sich einig, dass die einzige logische Antwort auf die „West Lothian question“ quasi-föderale Strukturen im ganzen Vereinigten Königreich sind.<sup>79</sup> Erst wenn die Kompetenzen des schottischen Parlaments in gleicher Weise in allen Teilen des vereinigten Königreichs von dezentralen Institutionen wahrgenommen werden, und demzufolge in Westminster über diese Fragen nicht mehr entschieden wird, ist das Problem, das die „West Lothian question“ beschreibt, ausgeräumt.

#### 4. Resümee

Wie ich gezeigt habe sind durch den Dezentralisierungsprozess eine Reihe schwerwiegender Probleme entstanden. Einige davon sind leichter zu beheben als andere. So kann das Problem der asymmetrischen Verteilung von Finanzmitteln durch eine Überarbeitung der Barnett-Formel und deren Ausweitung auf die Regionen Englands weitgehend gelöst werden. „The problem of underprivileged English regions might be seen as one for England to solve through altering the allocation of public expenditure to regions within England rather than by redistributing from Scotland to England.“<sup>80</sup> Inwieweit sich die Abhängigkeit Schottlands von Zuwendungen aus London, die durch die geringe Steuererhebungskompetenz des schottischen Parlaments entsteht, auf das politische Klima auswirkt wird davon abhängen, inwiefern die britische Regierung die Kontrolle über die Finanzen benutzt um auch auf deren Verwendung Einfluss zu nehmen.

Weit schwieriger sind die Probleme, die mit der Abstimmung sowohl zwischen Edinburgh und London als auch zwischen Edinburgh und Brüssel verbunden sind, beizulegen. Im

<sup>73</sup> Vgl. Riddell (2000), S.105f

<sup>74</sup> Bogdanor (2001), S. 229

<sup>75</sup> Vgl. Bogdanor, S.232; Riddell (2000), S.105: Die durchschnittliche Anzahl von Wählern in einem schottischen Wahlkreis beträgt 55 000, in Wales sind es durchschnittlich 58 500 und in England 69 500 Wähler

<sup>76</sup> Riddell (2000), S. 105

<sup>77</sup> Vgl. Lynch (2002), S.134

<sup>78</sup> Riddell (2000), S. 105

<sup>79</sup> Vgl. Bogdanor (2001), S.228; Riddell (2000), S.105

<sup>80</sup> Bogdanor (2001), S.249

Bezug auf die Mitwirkung Schottlands in Brüssel ist ein dem deutschen ähnliches System vorstellbar. Hier fällt dem Bundesrat, der Länderkammer des deutschen Parlaments, eine entscheidende Rolle bei Entscheidungen in Brüssel zu, die Politikfelder zu beeinflussen, die in den Kompetenzbereich der Länder fallen. In Großbritannien gibt es allerdings keine Länderkammer, da das Vereinigte Königreich formal kein föderaler Staat ist. Überlegungen das House of Lords in diese Richtung zu reformieren sind bis jetzt noch zu keinem Ergebnis gekommen,<sup>81</sup> dennoch ist eine solche Entwicklung gut vorstellbar. Gerade die schrittweise Entwicklung der Mechanismen zur Vermeidung beziehungsweise Beilegung von Kompetenzstreitigkeiten zwischen Schottland und der Zentralregierung zeigt, dass „[...] devolution is a process not an event: the current constitutional settlement is not an end state but something that will evolve over the next decade.“<sup>82</sup> Dieser Prozess muss durch weitere Reformen fortgesetzt werden, wobei die Entscheidungen den politischen Realitäten und praktischen Erfahrungen angepasst werden müssen.

Zumindest für den Moment unlösbar scheint die „West Lothian question“. Die einzig logische Lösung hierfür, die komplette Verlagerung bestimmter Kompetenzen von Westminster an dezentrale Institutionen, ist impraktikabel. Versuche auch für die Regionen Englands lokale Parlamente zu etablieren stießen bis auf wenige Ausnahmen, zum Beispiel im Nordosten Englands, bisher auf wenig Resonanz.<sup>83</sup> Ein von der Regierung aufkotroyierter Dezentralisierungsprozess wäre dagegen politisch nicht durchsetzbar. Es wäre schwer zu vermitteln, warum die Regionen Englands gegen den Willen ihrer Einwohner eigene Volksvertretungen schaffen sollten, nur weil die Schotten und Waliser sich dafür entschieden haben. Der Dezentralisierungsprozess in Großbritannien wird demnach auf absehbare Zeit weiter asymmetrisch verlaufen. Ein föderaler Staat, in dem die Parlamente Schottlands, Wales und der englischen Regionen die gleiche Kompetenzen haben, ist nicht absehbar und politisch auch nicht gewollt. Beispiele aus Kontinentaleuropa zeigen, dass ein asymmetrisch verlaufender Dezentralisierungsprozess auch langfristig erfolgreich sein kann. In Italien gibt es seit 1948 fünf Regionen, die im Gegensatz zu den restlichen 15 Regionen in bestimmten Bereichen mit Gesetzgebungskompetenzen ausgestattet sind. Auch in Spanien genießen einige Regionen mehr Autonomie als andere.<sup>84</sup> Ob die Dezentralisierung in Großbritannien und insbesondere in Schottland funktioniert, wird von dem Willen der politischen Akteure zu kooperieren und zu kommunizieren abhängen.

**(Fabian Pescher)**

---

<sup>81</sup> Vgl. Rohde (2002), S.80ff

<sup>82</sup> Driver (2002), .180

<sup>83</sup> Vgl. Rohde (2002), S.62f

<sup>84</sup> Vgl. Bogdanor (2001), S. 233

## 5. Literaturverzeichnis

- + BBC News: „Business: The Company File Kvaerner workers applaud union officials“. 14.07.1999. Online im Internet: URL: [http://news.bbc.co.uk/1/hi/business/the\\_company\\_file/393887.stm](http://news.bbc.co.uk/1/hi/business/the_company_file/393887.stm) [Stand 15.02.2005]
- + Bogdanor, Vernon (2001): „Devolution in the United Kingdom“, Oxford, Oxford University Press
- + Driver, Stephen (2002): „Blair’s Britain“, Cambridge, Polity Press
- + Gay, Oonagh (1998): „Research Paper 98/1“, London, House of Commons Library
- + Grabitz, Eberhard (Hrsg.) (1992): „Vertrag über die Europäische Union (Maastricht-Vertrag)“, München, Dt. Taschenbuch-Verlag
- + Hazell, Robert (1999): „Constitutional Futures – A history of the next ten years“, Oxford, Oxford University Press
- + Heimrich, Bernhard: „Blair entgeht nur knapp Abstimmungsniederlage“. FAZ.net, 27.01.2004. Online im Internet: URL: <http://www.faz.net/s/Rub6BFE3B22C90E4788814454195D447645/Doc~E02F8239B9D4A4323BA9DE0A979EC36D4~ATpl~Ecommon~Scontent.html> [Stand 16.02.2004]
- + House of Commons (1998): „Scotland Act“, London, Queen’s Printer of Acts of Parliament
- + Jones, Bill, u.A. (2001): „Politics UK“, Harlow, Longman
- + Lynch, Peter (2001): „Scottish Government and Politics – An Introduction“, Edinburgh, Edinburgh University Press
- + Denver, David u. A. (1998): „The 1997 Devolution Referendum in Scotland“, in Parliamentary Affairs, Vol.51 No.2, London, Cass
- + Ridell, Peter (2000): „Parliament under Blair“, Westminster, Politico’s Publ.
- + Rohde, Katrin (2003): „Die britischen Verfassungsreformen unter Tony Blair 1997-2001“, Berlin, Uni-Edition
- + Sturm, Roland: „Staatsordnung und politisches System“, in: Kastendiek, Hans, u. A. (Hrsg.)(1994): „Länderbericht Großbritannien“, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung